

Rede zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfs von Bürgermeister Michael Joithe am 08. Oktober 2024 im Rat der Stadt Iserlohn

(es gilt das gesprochene Wort)

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

meine sehr verehrten Damen und Herren,

Kämmerer Michael Wojtek und ich legen Ihnen heute den Haushaltsplanentwurf 2025 vor, zu dem der Kämmerer im Anschluss, wie gewohnt, detailliert Stellung nehmen wird. Da der Kämmerer Ihnen die Zahlenwerke sehr klar und eindeutig darlegen wird, werde ich in meiner Haushaltsrede wie immer nur wenige Zahlen aufgreifen.

Zusätzlich - und das ist ein Novum in unserer Stadt - werden wir Ihnen ein Haushalts sicherungskonzept zur Beratung vorlegen.

Der Haushalt 2025 wird damit eine ganz besondere Stellung einnehmen, denn es ist der erste Haushalt, der in eine wahrscheinlich mindestens zehnjährige Phase der Haushaltssicherung führen wird.

Eine Situation, die es in Iserlohn bisher noch nicht gegeben hat und die wir durch massive Bemühungen in den letzten Jahren immer wieder versucht haben zu verhindern. Aber immer in dem Wissen, uns nur Zeit zu erkaufen!

„35 Millionen – um rund 35 Millionen hat sich die Haushaltslage für das Jahr 2024 vom Plan aus dem letzten Jahr bis zum Entwurf 2024 verschlechtert!“

Mit diesen Worten bin ich im letzten Jahr in meine Haushaltsrede gestartet und wollte Ihnen und uns allen damit die prekäre Situation vor Augen führen, in der wir uns befinden.

Während wir in den drei zurückliegenden Jahren in den Jahresabschlüssen immer eine Verbesserung im Vergleich zum Haushaltsplan erreichen konnten, erleben wir nun im Jahr 2024 die Kehrtwende!

Konnten wir durch sorgfältiges Haushalten - aber insbesondere wegen einer von Rekord zu Rekord ansteigenden Gewerbesteuer - die letzten drei Jahre sogar mit einem positiven Ergebnis abschließen, so erleben wir nun die negative Seite der Kommunalfinanzierung über eine so volatile Steuer, wie die Gewerbesteuer.

Wenn man mal das Jahr 2014 herausnimmt, wo ein positives Ergebnis ausschließlich durch einen buchhalterischen Trick - die Aufwertung des Stadtwaldes - zustanden gekommen ist, so ist es erstmals seit Einführung des NKF 2008 - also einer kaufmännischen Buchhaltung – gelungen, echte positive Jahresabschlüsse zu erreichen.

Doch auch, wenn wir verwaltungsintern jedes Jahr aufs Neue Budgetverhandlungen bis auf dreistellige Beträge heruntergezogen haben, um entgegen der allgemeinen Kostensteigerung die Budgets im Rahmen zu halten, wäre es vermessen zusagen, WIR hätten diese positiven Jahresergebnisse erreicht.

Die Wahrheit ist, dass die enorm positive Entwicklung im Vergleich zu den Haushaltsplänen zum größten Teil unserer sehr guten und starken Wirtschaft zu verdanken ist. Die Jahre 2021, 2022 und insbesondere 2023 waren von außerordentlichen Steigerungsraten bei der Gewerbesteuer geprägt. So konnten wir in 2023 erstmalig einen dreistelligen Millionenbetrag erzielen.

Die Kämmerei und ich waren uns aber einig, dass dieser steile Weg nach oben nicht auf Dauer weiter gehen wird - nicht weiter gehen kann - wenn wir uns die Gesamtwirtschaftslage in unserem Land ansehen.

Aus diesem Grund sind wir auch jedes Jahr mit einem Sicherheitsabschlag in die weiteren Planungen des nächsten Jahres gegangen, statt wie üblich die Vorjahreszahlen fortzuschreiben.

Der Sicherheitsabschlag sollte zum einen den irgendwann zu erwartenden Einbruch berücksichtigen und zum anderen aber auch genehmigungsfähige Haushalte ermöglichen. Jedes Mal eine Gratwanderung!

So auch für den Haushalt 2024, bei dem der Sicherheitsabschlag bei rund 20 Millionen Euro im Vergleich zur sonst üblichen Fortschreibung gelegen hat. Damit war der Haushalt so gerade noch im genehmigungsfähigen Bereich.

Die Gewerbesteuer ist als eine der wesentlichen Finanzierungsquellen von Kommunen gänzlich ungeeignet! Zu stark schwankend! Zeitlich den realwirtschaftlichen Bedingungen nachlaufend und vor allem kaum verlässlich planbar!

Das Jahr 2024 läuft noch und noch ist nicht klar wie hoch das Defizit am Ende genau sein wird. Aber es ist bereits absehbar, dass wir mit großer Wahrscheinlichkeit rückwirkend die Grenze zur Haushaltssicherungsschwelle reißen werden.

Die Gewerbesteuer wird im Vergleich zum Vorjahr um mehr als 40 Millionen Euro niedriger ausfallen und somit werden uns im Vergleich zum Haushaltsplan 2024 trotz des Sicherheitsabschlags mehr als 20 Millionen Euro zusätzlich fehlen!

Darüber hinaus ist eine deutliche Verschlechterung im Bereich der wirtschaftlichen Hilfe für Kinder und Jugendliche durch massive Mehraufwendungen zu verzeichnen.

Beides, sowohl die Erträge aus der Gewerbesteuer, als auch die Mehraufwendungen im Bereich der wirtschaftlichen Hilfe sind für uns nicht steuerbare Posten!

Mit dem nachträglichen Reißen der Haushaltssicherungsschwelle für das Jahr 2024 und dem vorliegenden Haushaltsentwurf für das Jahr 2025 werden wir zwei Jahre in Folge mehr als 5% des Eigenkapitals aufzehren, was unweigerlich Konsequenzen haben wird.

Iserlohn steht damit vor dem Eintritt in ein Haushaltssicherungskonzept, welches uns auferlegt in den nächsten 10 Jahren nicht nur wieder unter die Defizitgrenze zu gelangen, sondern am Ende muss ein ausgeglichener Haushalt, also mindestens eine schwarze Null stehen.

Aber dazu später mehr...

Der Ihnen vorliegende Haushaltsentwurf 2025 zeigt neben den Einbrüchen bei den Erträgen auch in diesem Jahr erneut eine starke Steigerung bei den Ausgaben.

Die Gründe sind die gleichen, wie schon in den Vorjahren und sind alles andere als Hausgemacht!

Gegenüber dem Vorjahr steigen die Transferaufwendungen um rd. 17.5 Mio. Euro an. Der Anstieg ist im Wesentlichen auf die Kreisumlage zurückzuführen, welche sich nun auf beinahe 90 Millionen Euro beläuft.

Auch die Aufwendungen im Kinder- und Jugendbereich, wie zum Beispiel die Kosten für Heimunterbringen, steigen auf Grund gestiegener Fallzahlen und deutlich höheren Kosten an. Des Weiteren steigen die Zuschüsse für Kindertagesstätten und die Tagespflege.

Aber auch die Personalausgaben werden erneut durch Tariferhöhungen und notwendige Pensionsrücklagen stark anwachsen.

In diese und weitere Details wird unser Kämmerer in ein paar Minuten tiefer einsteigen.

Auch wenn es uns erwartungsgemäß keinen Spaß macht, Ihnen einen Haushaltsentwurf 2025 vorzulegen, der nur in Kombination mit einem Haushaltssicherungskonzept genehmigungsfähig wird, so steckt dort trotzdem sehr viel Arbeit drin.

Dafür möchte ich mich bei allen beteiligten Kolleginnen und Kollegen aus allen Teilen der Verwaltung herzlich bedanken. Die Haushaltsgespräche in allen Ressorts waren sehr intensiv und ganz sicher nicht schön für alle Beteiligten. Vor allem wenn errungene Fortschritte durch externe Einwirkungen zerstört werden. Aber – und auch das gehört zur Wahrheit dazu – viele pflichtige Aufgaben unterliegen eben ihrerseits der allgemeinen Preissteigerung, weshalb Budgetausweitungen KEINE Wunschkonzerte waren.

Ich bedanke mich bei Kämmerer Michael Wojtek und seinem Team für die erneut anspruchsvolle Arbeit, unter den aktuellen Bedingungen einen Haushaltsplan zu entwerfen, der uns trotz der erwähnten zahllosen externen Effekte, mit dem bereits genannten Haushaltssicherungskonzept zumindest eine Perspektive aufzeichnet.

Mit der Verabschiedung des Haushalts inkl. des Haushaltssicherungskonzepts - wahrscheinlich im Dezember - stellen wir gemeinsam wichtige Weichen für die weiteren Entwicklungen in Iserlohn. Disziplin und kritische Betrachtung aller Aufgaben und Projekte bleiben unausweichlich!

Für das Jahr 2025 haben wir bewusst keine weiteren Steuererhöhungen eingeplant. Zum einen würde eine steigende Gewerbesteuerlast unsere Unternehmen in einer Phase der großen Unsicherheit zusätzlich belasten, zum anderen wollen wir bei der Grundsteuer zunächst die Auswirkungen der gesamtdeutschen Grundsteuerreform abwarten.

Diese Reform soll und muss für die Kommunen aufkommensneutral umgesetzt werden.

Das bedeutet, dass die Höhe der Einnahmen aus der Grundsteuer nicht steigen darf. Das bedeutet aber nicht, dass sich nicht für jeden einzelnen Grundsteuerzahler etwas verändern wird.

Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass diese vom Bund beschlossene und vom Land umgesetzte Reform, zu teilweise enormen Mehrbelastungen bei einzelnen Bürgerinnen und Bürgern führen kann und wird, welche sich für diese wie Steuererhöhungen anfühlen werden.

Bei der Lösung der Frage der Verteilungsgerechtigkeit der Lasten hat das Land die Kommunen leider alleine gelassen! Schon wieder! Die Umsetzung dieser Reform geht wieder einmal zu Lasten der Kommunen, wie leider sehr viele Entscheidungen der Landes- und Bundesebene!

-

Sprechen müssen wir an dieser Stelle aber auch über die Rolle des Märkischen Kreises.

Der Kreishaushalt ist umlagefinanziert, was bedeutet, dass die 15 kreisangehörigen Kommunen den Haushalt über Umlagen mitfinanzieren müssen. Als größte Stadt im Märkischen Kreis ist Iserlohn mit rund einem Viertel auch der größte Zahler im MK.

Die Kreisumlage für unsere Waldstadt steigt nach aktuellen Planungen auf nunmehr rund 89 Mio. € an und für die Folgejahre sind bereits weitere Erhöhungen prognostiziert. Beinahe ein Viertel unseres Haushalts führen wir an den Kreis ab. Damit gehört die Kreisumlage neben den sozialen Transferaufwendungen und den Personalkosten zu den größten Posten im Haushalt!

Der Umlagebedarf des Kreises für das Jahr 2025 steigt um 14,7 %.

Die Steuerkraft der kreisangehörigen Kommunen steigt lt. der Arbeitskreisrechnung zum GFG 2025 aber lediglich um ca. 4,7 %.

Die Leistungsfähigkeit der kreisangehörigen Kommunen steigt im Verhältnis nicht annähernd wie der Bedarf des Kreishaushaltes.

Der Weg auf dem sich die Kreisfinanzen befinden führt nach Auffassung aller Bürgermeisterinnen und Bürgermeister zu einer deutlichen und nicht hinnehmbaren Einschränkung der Handlungsfähigkeit der kreisangehörigen Kommunen.

Der Kreis muss endlich akzeptieren, dass die Kommunen am Ende ihrer Leistungsfähigkeit angekommen sind und seinerseits endlich notwendige Konsolidierungsbemühungen an den Tag legen. SO geht es nicht weiter!

Wir gehen in Iserlohn beispielsweise in das Haushaltsjahr 2025ff mit der Hypothek eines globalen Minderaufwand von 2%, der Kreis mit lediglich 0,68 %. Immerhin eine Differenz von über 11 Mio. Euro pro Jahr!

Wenn wir unseren Bürgerinnen und Bürgern bittere Pillen zumuten müssen, dann kann und muss auch der Kreis seinen Teil leisten!

Daher appelliere ich an alle Ratsmitglieder, die auch im Kreistag sitzen, hier im Sinne der Kommunen umzusteuern.

-

In diesen Kontext passt auch ein weiterer Schritt, den ich im Frühjahr gemeinsam mit zunächst drei, später zwei weiteren Bürgermeistern gehen musste.

Gemeinsam mit den Städten Menden und Hemer und zu Beginn auch Plettenberg hat Iserlohn gegen einen Teil des Kreishaushalts Klage eingereicht, da unserer Meinung nach die Finanzierung der Märkischen Kliniken in Lüdenscheid und Werdohl nicht über die allgemeine Kreisumlage stattfinden darf.

Das Klinikum erfüllt nach ersten juristischen Prüfungen die Kriterien einer differenzierten Umlage, ähnlich wie beim Kreisjugendamt, welches im Schwerpunkt nur von den Kommunen ohne eigenes Jugendamt finanziert wird.

Da Iserlohner Bürgerinnen und Bürger das Kreisklinikum, ebenso wie die Bürgerinnen und Bürger aus Menden und Hemer, auf Grund eigener Krankenhäuser vor Ort sehr viel weniger in Anspruch nehmen als andere Kommunen, haben wir den Landrat aufgefordert die Notwendigkeit einer differenzierten Kreisumlage ergebnisoffen prüfen zu lassen.

Dieser Schritt ist allen Bürgermeistern nicht leichtgefallen, da bei einem Erfolg dieser drei Städte die übrigen 12 Kommunen teilweise erheblich mehr bezahlen müssen.

Dennoch war diese Entscheidung mit Blick auf die Handlungsfähigkeit unserer Waldstadt alternativlos.

-

Nun stehen wir also vor einem Haushaltssicherungskonzept?

Eine neue Erfahrung für unsere Stadt und auch für unsere Kämmerei!

Das Ihnen heute vorgelegte Konzept ist zunächst nur ein Vorschlag der Verwaltung, wie wir innerhalb des vorgegebenen 10-Jahres-Zeitraums wieder einen ausgeglichenen Haushalt erreichen können.

Das Ergebnis steht fest, den Weg dorthin müssen wir gemeinsam gehen, gestalten und immer wieder hinterfragen.

Die Ihnen vorliegenden Vorschläge sind der Summe nach geeignet, den Haushaltsausgleich im Jahr 2035 zu erreichen. Wir können bis zum Beschluss im Dezember aber auch in den Jahren danach mit diesen Vorschlägen dynamisch umgehen. Einzig der Saldo muss gleichbleiben.

Sollen beispielsweise die Einsparungen bei der Unterstützung der Kultur geringer ausfallen oder können nicht alle Stelleplankürzungen erreicht werden, da zusätzliche, pflichtige Aufgaben auf uns zukommen, müssen die wegfallenden Einsparungen in der Summe durch andere Maßnahmen kompensiert werden. Das können stärkere Belastungen der Gebührenzahler oder Steuererhöhungen sein bzw. auch Kürzungen an anderer Stelle.

Ich möchte Sie heute nur dafür sensibilisieren, dass von nun an jede zusätzliche Ausgabe unmittelbare Konsequenzen haben wird, die auch unmittelbar mitbeschlossen werden müssen.

Dabei müssen wir gemeinsam die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt mitnehmen und vor allem sollten wir geschlossen handeln. Bei Einsparvorschlägen müssen wir an der Sache argumentieren und nicht gegenseitig mit dem Finger aufeinander zeigen. Niemand macht Einsparvorschläge oder schlägt Erhöhungen von Beiträgen und Gebühren vor, weil er oder sie unsozial ist oder weil er oder sie jemandem etwas wegnehmen möchte!

Wenn dieser Eindruck in der politischen Debatte nach außen getragen wird, verlieren wir die Bürgerinnen und Bürger und stärken die Ränder, die Extremen, die zwar auch keine Lösungen haben, aber vom Streit derjenigen, die wenigstens um Lösungen ringen, profitieren!

Damit die Haushalte 2025ff genehmigungsfähig sind und bleiben, müssen die Angaben in den Fortschreibungen des Haushaltssicherungskonzepts stets plausibel bleiben und unterliegen einer strengen Prüfung der Kommunalaufsicht.

„Eine Situation, die es in Iserlohn bisher noch nicht gegeben hat und die wir durch massive Bemühungen in den letzten Jahren immer wieder versucht haben zu verhindern. Aber immer in dem Wissen, uns nur Zeit zu erkaufen!“, wie ich Eingangs bereits sagte!

Warum Zeit erkaufen? Weil wir aus dieser Situation alleine nicht herauskommen werden. So ehrlich müssen wir sein!

Die Finanzierung der Kommunen in Deutschland, aber insbesondere in NRW, MUSS zwingend neu ausgerichtet werden.

Es ist unverantwortlich, die Kommunen, die Basis der Demokratie in unserem Land finanziell weiter ausbluten zu lassen.

Seit Ende der 80er/Beginn der 90er-Jahre hat sich die Verbundquote, also der Anteil der Landessteuereinnahmen, insbesondere aus beiden großen Steuern – Einkommenssteuer und Umsatzsteuer – welcher bei den Kommunen ankommt, von 28,5% auf 23% verringert. 5,5% klingen auf den ersten Blick nicht viel, aber bezogen auf den Ausgangspunkt reden wir von einer Reduzierung von fast 20%!

Geht man jetzt vom gesamten Aufkommen der Landessteuereinnahmen aus, landen wir bei hohen Millionenbeträgen, die insbesondere bei den Städten und Gemeinden in NRW seit 30 Jahren nicht mehr ankommen.

Der Bund aber insbesondere das Land NRW muss endlich umsteuern und anstatt immer neue Fördertöpfe zu kreieren, mit den man sich medienwirksam präsentieren kann, muss die Grundversorgung der Kommunen sichergestellt werden.

Es kann und darf nicht sein, dass wir Fördertöpfen nachjagen müssen, um unsere Kernaufgaben leisten zu können.

Gleichzeitig landen immer mehr Aufgaben bei den Kommunen, die nicht auskömmlich finanziert sind.

So hat beispielsweise die Gesetzesänderung beim Wohngeld bei uns zu sieben zusätzlichen Stellen geführt, um der Antragsflut Herr zu werden. Ebenso ergeht es uns nun bei der Einbürgerung.

Es werden Landes- oder Bundesgesetze geändert ohne die Auswirkungen auf die Kommunen zu beachten!

Solange der Bund und zum Teil auch das Land nicht endlich aufhören, immer neue Leistungen zu bestellen, die am Ende die Städte und Gemeinden bezahlen müssen, bleibt die Haushaltskonsolidierung ein nahezu hoffnungsloses Unterfangen.

Städte und Gemeinden tragen den größten Teil der öffentlichen Investitionen, doch ihre Finanzausstattung ist und bleibt miserabel.

Auch die immer noch nicht geregelte Altschulden-Übernahme durch Land und Bund lässt die Kommunen im Regen stehen.

Will man den Kommunalhaushalten wirklich helfen, ist die einmalige Schuldentilgung endlich ohne Taschenspielertricks zu finanzieren und es ist zwingend den Kommunen über die Anhebung des Verbundsatzes im Gemeindefinanzierungsgesetz endlich echte zusätzliche Gelder zukommen zu lassen.

Ich fordere die Vertreter der regierungstragenden Parteien in Land und Bund erneut auf, nutzen Sie ihren innerparteilichen Einfluss, dass es hier endlich zu Entscheidungen FÜR die Kommunen in unserem Land kommt.

Die Zeit der Lippenbekenntnisse muss vorbei sein, wir brauchen endlich klare Signale zur Stärkung der Kommunen!

Es kann doch nicht sein, dass von 396 Kommunen in NRW nur noch 18 einen ausgeglichenen Haushalt haben, also 95% der Kommunen in NRW strukturell unterfinanziert sind!

Wie viele davon nun in Haushaltssicherungskonzepten enden werden, erleben wir in den nächsten Monaten.

Ich empfehle in diesem Kontext auch mal einen Blick auf den „5-Punkte-Plan zur Soforthilfe für Kommunen“ des Bund der Steuerzahler vom 06. September 2024 zu werfen.

[\(https://steuerzahler.de/aktuelles/detail/5-punkte-plan-zur-soforthilfe-fuer-kommunen/ \)](https://steuerzahler.de/aktuelles/detail/5-punkte-plan-zur-soforthilfe-fuer-kommunen/)

Ich zitiere aus diesem Plan:

„Hier macht sich bemerkbar, dass seit den 1980er Jahren die Verbundquote – also der Anteil an den Landessteuereinnahmen, der den Kommunen gewährt wird – von 28,5% schrittweise auf 23% gesenkt wurde.

Sie muss so schnell wie möglich wieder erhöht werden.

Nach den Zahlen des Gemeindefinanzierungsgesetzes für dieses Jahr wäre jeder zusätzliche Prozentpunkt bei der Verbundquote für das Land mit Kosten von rund 660 Millionen Euro verbunden.

Da im Gegenzug nach unserem Vorschlag – wie bereits ausgeführt – die Förderprogramme mit einem Gesamtvolumen von zuletzt fast 5,4 Milliarden Euro abgebaut werden sollen, ist diese Forderung auch umsetzbar.

Sogar das Land würde profitieren, da allein auf der Landesebene (Ministerien, Bezirksregierungen, NRW.Bank) nach unserer zurückhaltenden Schätzung mindestens 1.500 Mitarbeiter ausschließlich mit der Abwicklung der unterschiedlichsten Förderprogramme befasst sind.

Personal, das künftig eingespart oder in anderen Bereichen, wo Personal fehlt, eingesetzt werden kann.“

Zitat Ende!

-

Der Kämmerer wird Sie nun noch sehr viel detaillierter durch die Zahlenwerke des Haushaltsplans 2025 inkl. des Haushaltssicherungskonzepts führen, weshalb ich mit Blick auf Uhr und Tagesordnung langsam zu einem Ende kommen werde.

Eine echte Herausforderung bleibt auch weiterhin die Unterbringung der Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung.

Im letzten Jahr habe ich dazu formuliert:

„2024 sollte zumindest zum Ende des Jahres von einer neuen Normalität geprägt sein und die Standortverteilung sollte für die nächsten 10-12 Jahre stabil bleiben.“

Ob wir Ende des Jahres wirklich alle Umzüge abgeschlossen haben werden, steht noch nicht fest. Aber zumindest sind wir endlich auf der Zielgeraden.

Mit der Inbetriebnahme des Stadthauses Mitte, also den oberen Etagen der Marktpassage, haben wir einen weiteren wichtigen Schritt getan. Die zurückliegenden und anstehenden Umzüge fordern von allen Kolleginnen und Kollegen große Anstrengungen.

Dafür möchte ich mich auch an dieser Stelle erneut bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung noch einmal herzlich bedanken.

-

Liebe Ratsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen,

der vorliegende Haushaltsentwurf für das Jahr 2025, der vorliegende Entwurf eines Haushaltssicherungskonzepts und die mittelfristige Finanzplanung sprechen eine klare Sprache – es ist nicht mehr fünf vor zwölf – die Turmuhr hat bereits geschlagen.

Tatsächlich sind wir an einem Punkt angelangt, an dem wir mehr denn je auf Ausweitungen von Leistungen, neue Ideen und Projekte verzichten müssen, um das sehr hohe Niveau, insbesondere bei Bildung, Sport und Kultur, nicht nachhaltig zu gefährden und gleichzeitig weiterhin notwendige Infrastrukturprojekte zu ermöglichen.

Wir sind es unseren Bürgerinnen und Bürgern schuldig, dass wir alle gemeinsam kooperativ zusammenarbeiten und ein klares Signal der Geschlossenheit in diesen für die Bürgerinnen und Bürger unsicheren Zeiten senden, wenn wir nicht die Extreme stärken wollen.

Alle demokratischen Kräfte sollten sich ihrer Verantwortung bewusst sein, dass unser aller Verhalten, der Umgang miteinander, Auswirkungen auf die ganze Gesellschaft haben wird.

Lassen Sie uns gemeinsam den Weg weiter gehen und unsere tolle Waldstadt zusammen durch die raue See der Haushaltssicherung manövrieren.

Herzlichen Dank!